

NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

| | |
|------|---------------------------------------|
| vom: | 12.09.2000 |
| von: | 16.00 Uhr |
| bis: | 17.30 Uhr |
| Ort: | Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal |

Anwesend waren:

I. Vom Jugendhilfeausschuss:

Stv Schmidt, André
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Katz, Reinhilde
AM Kessler, Silvia - für Stv Elter, Uwe
AM Kesting, Stefan
Stv Kleine, Sancho-Antonio
AM Leonhardt, Traugott
Stv Rujanski, Detlef

II. Von den Wohlfahrtsverbänden:

AM Klein, Anneliese
AM Max, Christian
AM Memarian, Annemarie - für AM Löwenberg, Horst

III. Von den Jugendverbänden:

AM Berger, Joachim
AM Peter, Ute - für Stv Lauble, Wilhelm
AM Stephany, Torsten - für AM Westerholt, Günter

IV. Beratende Mitglieder:

StR Dr. Rohr
Städt. VD Fischer
AM Al-Omary, Falk
AM Becker-Düster, Trude
AM Beinghaus, Hans-Dieter

AM Bell, Achim - für Stv Nauck, Gerda
AM Fenster, Klaus
Stv Groß, Michael
AM Gürke, Volker

AM Holdinghausen, Rolf
AM Koyuncu, Ebubekir
AM Leng, Raimar - für AM Dr. Czell, Gernot
AM Lorenz, Gerd-Rainer
AM Schneider, Martina

V. Als Zuhörer:

AM Aydin, Veli

VI. Von der Verwaltung:

Städt. OVR Lehmann
VA Juchems-Voets
VA Liedke
VA Heiden
VA Boldt
VA Pauke
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Elter, Uwe
Stv Lauble, Wilhelm
AM Löwenberg, Horst
Stv Sintzen, Gerlinde
AM Westerholt, Günter

Zur Tagesordnung:

Die Ausschussmitglieder sind mit der Erweiterung um den nachgereichten Punkt 10 „Schulsozialarbeit an Hauptschulen“ und Punkt 11 „Projekt K 52 -Sachstandsbe-richt“ einverstanden.

In der Reihenfolge werden die Punkte 9 - 11 nach Punkt 4 behandelt.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (nach Alphabet Frau Sintzen)

Da Frau Sintzen nicht anwesend ist, wird Herr Eberlein zur Mitunterzeichnung bestimmt.

7. JHA 12.09.2000

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 29.06.2000

Auf die Frage von Herrn Rujanski zum Punkt „Förderung freier Träger der Jugend-hilfe - Kinderschutzbund“ berichtet Herr Fischer, dass für den Restbetrag eine Finanzierungsmöglichkeit gefunden wurde. Näheres kann er in der nächsten Sitzung berichten.

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

7. JHA 12.09.2000

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

7. JHA 12.09.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

7. JHA 12.09.2000

5. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30. Juni 2000

Vorlagennr. 604/00 - Vorlage vom 31.07.2000

Der Niederschrift sind ergänzende Darstellungen beigelegt.

- Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 30. Juni 2000 zur Kenntnis.

7. JHA 12.09.2000

6. Kindertageseinrichtungen

Beförderung von Kindergartenkindern des St. Peter u. Paul-Kindergartens, Kreuzstraße, zur Hammerhütter Schule, Achenbacher Straße, aufgrund von Bau- und Renovierungsarbeiten am Kindergarten Kreuzstraße

Vorlagennr. 605/00 - Vorlage vom 09.08.2000

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, dem Träger des St. Peter und Paul-Kindergartens in der Kreuzstraße, der kath. Pfarrgemeinde St. Peter und Paul, für die Kindergartenkinder aus dem Kindergarten Kreuzstraße einen Fahrt-kostenzuschuss von monatlich insgesamt 300,00 DM, maximal 2.400,00 DM, für die Zeit vom 01.08.2000 bis 31.03.2001 zu gewähren.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

7. JHA 12.09.2000

7. Förderung von Initiativen gemäß KJHG und sonstiger Träger der freien Jugendhilfe

Vorlagennr. 647/00 - Vorlage vom 25.08.2000

Mit Hinweis auf § 31 GO NW nimmt Herr Kleine an der Abstimmung nicht teil.

Herr Dr. Rohr merkt auf die Frage von Herrn Rujanski an, dass die Stadtteilkonferenz Weidenau die Umsetzung des Projektes „Leoschule“ als wenig realistisch betrachtet. Er wird in der nächsten Sitzung dazu berichten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen bewilligt den Antrag der Stadtteilkonferenz Weidenau e. V. vom 21.07.2000 nach den Richtlinien 2000 zur Förderung der sonstigen Träger der freien Jugendhilfe und Initiativen in der Stadt Siegen nach Ziffer 5.6 Ferienspaß mit einem Förderbetrag von 1.028,80 DM.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

7. JHA 12.09.2000

8. Förderung von Präventionsangeboten im Bereich arbeitsweltbezogener Jugendsozialarbeit in Kooperation mit Schulen

Vorlagennr. 648/00 - Vorlage vom 21.08.2000

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, das Projekt "Jugend, Bildung und Arbeit" (JuBA), das in Kooperation von Jugendwohnheim e. V. Bonifatiushaus und Stadt Siegen zur arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit durchgeführt wird, im Jahr 2000 mit maximal 12.500,00 DM zu fördern.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

7. JHA 12.09.2000

9. Rahmenbedingungen zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit

Vorlagennr. 649/00 - Vorlage vom 28.08.2000

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt die Anwendung der Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendarbeit ab 01. Januar 2001.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

7. JHA 12.09.2000

10. Sozialarbeit an Hauptschulen

hier:

Aufhebung des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen vom 03.11.1998

Vorlagenr. 678/00 - Vorlage vom 31.08.2000

Herr Kleine möchte wissen, welche Möglichkeiten die Verwaltung sieht, das beste-hende Angebot aufrecht zu erhalten.

Die SPD-Fraktion steht auf dem Standpunkt, dass der Status quo bei der Schul-sozialarbeit erhalten werden soll und die ABM-Stelle weiterhin notwendig ist. Der Verwaltungsvorschlag bedeutet eine Kürzung des Angebotes zu Lasten der Kinder, so Herr Rujanski. In der Folgewirkung sind zudem nach seiner Einschätzung nicht unerhebliche Mehrkosten im Bereich der erzieherischen Hilfen zu erwarten.

Herr Groß macht deutlich, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Vor-schlag ablehnt, der eine 60%ige Kürzung der Schulsozialarbeit beinhaltet. Bezug nehmend auf die Vorlage bemängelt er eine unzureichende Begründung. Die Kostenschätzung basiert zwar - wie an anderen Stellen üblich - auf der Basis des KGST-Gutachtens, im Bereich der Schulsozialarbeit entsprechen die Beschäftigten jedoch überwiegend nicht dem darin zugrundegelegten Durchschnitt. Er hat den Eindruck, dass die Kosten unrealistisch hoch angesetzt werden und die Umsetzung des - im Übrigen einstimmigen - Beschlusses zur Einrichtung einer ABM-Stelle verwaltungsseitig nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgt wurde. Eine inhaltliche Stellungnahme zur Bedeutung der Schulsozialarbeit ist in der Vorlage darüber hinaus nicht enthalten.

Herr Dr. Rohr verweist auf den Zielkonflikt zwischen der Weiterführung freiwilliger Leistungen der Stadt Siegen und der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung. Verwaltungsseitig wurde vereinbart, das Angebot der Schulsozialarbeit im laufenden Schuljahr aufrecht zu erhalten, so dass die Möglichkeit besteht, Alternativen zur Vermeidung von gravierenden Einschnitten zu untersuchen.

Die F.D.P.-Fraktion unterstützt einerseits das Angebot, so Herr Al-Omary, sieht aber andererseits die finanziellen Auswirkungen. Daher könnte er dem Verwaltungsvor-schlag zustimmen, wenn sich keine andere Lösung anbietet. Seines Erachtens ist eine stärkere Koordinierung der Angebote und eine bessere fachliche Begleitung des Engagements von Lehrern und Eltern notwendig.

Herr Kleine merkt an, dass in der Diskussion zwischen dem Verwaltungsvorschlag betr. die Schulsozialarbeit an Hauptschulen einerseits und der Umwandlung der Honorarstellen in Vollzeitstellen mit den dargestellten Konsequenzen andererseits differenziert werden muss. Er kann im erstgenannten Punkt dem Verwaltungsvor-schlag zustimmen, hält es aber für erforderlich, alternative Lösungen für den Ge-samtbereich der Schulsozialarbeit zu suchen.

Herr Rujanski hält eine Positionierung des Jugendhilfeausschusses in beiden Fra-gen vor der Entscheidung des Rates am 18.10.2000 für erforderlich. Die Verwaltung sollte dem Ausschuss vorher Lösungsmöglichkeiten zur Beratung vorlegen. Er warnt davor, immer schneller Einschnitte im Jugend- und Sozialbereich vorzunehmen.

Herr Groß fordert, die Vorlage insgesamt abzulehnen, wenn die Darstellung der Verwaltung zur Umwandlung der Honorarstellen im Nachtragsstellenplan, der sich im Beratungsgang befindet, bereits berücksichtigt ist. Der Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung sollte aufgefordert werden, diese Position auszuklammern. Bezüglich der ABM-Stelle für Schulsozialarbeit an Hauptschulen bezweifelt er fehlende Fördermöglichkeiten.

Herr Gürke merkt an, dass die Reduzierung einer im Verhältnis preiswerten frei-willigen Leistung eine teure gesetzliche Leistung durch Mehraufwand im Bereich der erzieherischen Hilfen zur Folge haben wird. Daher befürwortet er den Vorschlag, andere Lösungen anzustreben.

Herr Lehmann macht deutlich, dass der Jugendhilfeausschuss ein Votum über die Aufhebung des Beschlusses zur Einrichtung einer ABM-Stelle für Schulsozialarbeit an Hauptschulen abgeben soll. In der Vorlage ist darüber hinaus ergänzend die Problematik betr. die notwendige Umwandlung von Honorar- in Vollzeitstellen dargestellt. Zur Förderung der ABM-Stelle weist er darauf hin, dass im Jahr 1999 seitens der Arbeitsverwaltung nach seiner Information keine Mittel zur Verfügung standen.

Herr Fenster hält fest, dass nach seinen Recherchen die Stadt keinen ABM-Antrag gestellt und die Arbeitsverwaltung die Durchführung einer Maßnahme angeboten hat.

Herr Lehmann erwidert, dass sich die Aussage der Verwaltung auf die Maßnahme im Jahr 1999 bezieht. Für das Jahr 2000 wurde kein Antrag gestellt. Die Gründe sind der Vorlage zum Stellenplan 2000 erläutert.

Angesichts der unklaren Aussagen fordert Herr Groß, die Vorlage zurückzuziehen.

Vor dem Hintergrund des Diskussionsstandes beantragt Herr Rujanski,

- a) als Fachausschuss die Vorlage abzulehnen,
- b) die inhaltlichen Folgen des in der Vorlage dargestellten Sachverhaltes im Detail zu diskutieren und
- c) die Beratung vor der Entscheidung des Rates am 18.10.2000 in dieser Frage und über den Nachtragsstellenplan vorzunehmen.

Frau Klein bittet ebenfalls, die Vorlage zurückzuziehen, da sie anderenfalls in Anbetracht des unklaren Sachverhaltes keine Entscheidung treffen kann.

Herr Dr. Rohr sagt eine Klärung der Fragen zu.

Protokollanmerkung:

Zu der strittigen Frage ist eine Stellungnahme des Arbeitsamtes der Niederschrift beigelegt.

Beschlussvorschlag (der Verwaltung):

Der Rat beschließt die Aufhebung des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen vom 03.11.1998 zur Einrichtung einer ABM- Stelle für eine Sozialarbeiterin / einen Sozialarbeiter bzw. Sozialpädagogen / Sozialpädagogen zur Schulsozialarbeit an Hauptschulen der Stadt Siegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dagegen, 7 Enthaltungen

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen will die Schulsozialarbeit in dem bis-herigen Umfang (lt. Anlage zur Vorlage Nr. 678/00) aufrecht erhalten. Daher werden die in der Vorlage Nr. 678/00 gemachten Ausführungen zur Umwandlung der Honorarstellen in Vollzeitstellen abgelehnt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Auswirkungen eines entsprechenden Beschlusses darzustellen, andere Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen und eine Beratung des Jugendhilfeausschusses vor dem 18.10.2000 sicherzustellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

7. JHA 12.09.2000

11. Projekt K 52 - Sachstand

mündlicher Bericht

Die Verwaltung hatte den Auftrag zu untersuchen, erinnert Herr Dr. Rohr, inwieweit eine Förderung des Projektes aus dem Landesprogramm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf in Betracht kommt. In einem Ortstermin mit Vertretern des Landes und der Bezirksregierung am 12.09.2000 wurde nunmehr eine Landesförderung in Höhe von 50% in Aussicht gestellt. Die Entscheidung des Landes wird für November erwartet, so dass bei einer Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns ggf. im Dezember 2000 der Durchführungsbeschluss des Rates herbeigeführt werden kann.

- Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

7. JHA 12.09.2000